

FVF
FORUM VORMÄRZ FORSCHUNG
Jahrbuch 2001

Theaterverhältnisse
im Vormärz

AISTHESIS VERLAG

AV

Kuratorium:

Erika Brokmann (Detmold), Norbert Otto Eke (Paderborn), Jürgen Fohrmann (Bonn), Martin Friedrich (Bochum), Bernd Füllner (Düsseldorf), Detlev Kopp (Bielefeld), Harro Müller (New York), Maria Porrmann (Köln), Rainer Rosenberg (Berlin), Angelika Schlimmer (Köln), Peter Stein (Lüneburg), Florian Vaßen (Hannover), Michael Vogt (Bielefeld), Fritz Wahrenburg (Paderborn), Renate Werner (Münster)

FVF
FORUM VORMÄRZ FORSCHUNG

Jahrbuch 2001
7. Jahrgang

Theaterverhältnisse im Vormärz

herausgegeben von
Maria Pörmann und Florian Vaßen

AISTHESIS VERLAG

Das FVF im Internet: www.vormaerz.de

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Theaterverhältnisse im Vormärz / hrsg. von Maria Pormann
und Florian Vaßen. – Bielefeld : Aisthesis Verl., 2002
(Jahrbuch ... /FVF, Forum Vormärz Forschung ; Jg. 7. 2001)
ISBN 3-89528-350-9

Das FVF ist vom Finanzamt Bielefeld nach § 5 Abs. 1
mit Steuer-Nr. 305/0071/1500 als gemeinnützig anerkannt.
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht
mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

© Aisthesis Verlag Bielefeld 2002
Postfach 10 04 27, D-33504 Bielefeld
Satz: Germano Wallmann, gw@geisterwort.de
Herstellung: Digitaldruck Center, Witten
Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-89528-350-9
www.aisthesis.de

Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38. Bd. 3: 9. Juni 1840 bis 14. März 1848. Bearbeitet von Bärbel Holtz. Hildesheim/Zürich/New York: Olms-Weidmann Verlag, 2000, IX (= *Acta Borussica. Neue Folge. 1. Reihe: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1934/38, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer*).

Der deutsche Vormärz, das knappe, spannungsgeladene Jahrzehnt, in dem die Revolution von 1848/49 heranreifte, seit langem ein signifikanter Schwerpunkt historischer Forschung, ist mit den nun publizierten Protokollen des Preußischen Staatsministeriums von Juni 1840, dem Thronwechsel in Preußen, bis zum 18. März 1848, dem unmittelbaren Vorabend der Berliner Märzrevolution, um eine gewichtige Quellenedition reicher geworden. Sie unterbreitet neues Material aus einer zentralen Sphäre geschichtlichen Handelns, die bisher von der Forschung zwar nicht gänzlich vernachlässigt blieb, aber auch ein noch keineswegs hinreichend durchpflügtes Feld darstellt: die preußische Regierungspolitik in der Vormärzperiode. Sicher wird man diese nicht allein aus den nun leicht greifbaren Protokollen dieser „Stammquelle zur preußisch-deutschen Geschichte“ (S. V) erschließen können; gleichwohl werden Forschungen zur preußischen Regierungspolitik im Vormärz in eine neue Situation versetzt, wesentliche, bislang weniger beachtete Aspekte nachdrücklich ins Blickfeld gerückt.

Das verdienstvolle Editionsunternehmen, als „Neue Folge“ eingereicht in die unter Gustav Schmollers Leitung seit Ende des 19. Jahrhunderts erschienenen „Acta Borussica“, geht zurück auf Überlegungen und Vorschläge von DDR-Historikern aus den 1980er Jahren, darunter nicht zuletzt des früh verstorbenen Gustav Seeber. Sie wurden nach 1990 unter aktiver Anteilnahme von altbundesdeutschen Historikern, insbesondere aus der Historischen Kommission zu Berlin, zu einem tragfähigen Konzept verdichtet, das nach zunächst wechselnder Trägerschaft seit 1994 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften realisiert wird. Inzwischen liegen bereits vier weitere von insgesamt geplanten zwölf Bänden vor: Bd. 1 (1817-1829), bearbeitet von Christina Rathgeber; Bd. 5 (1858-1866), bearbeitet von Rainer Paetau; Bd. 7 (1879-1890), bearbeitet von Hartwin Spenkuch und Bd. 10 (1909-1918), bearbeitet von Reinhold Zilch. Die Materialgrundlage bilden die in 183 Bänden weitgehend vollständig überlieferten Beratungs- und Ergebnisprotokolle des für die preußische Politik zentralen Gremiums für den ganzen

Zeitraum seiner Existenz (1817-1934/38) aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem, die bisher nur punktuell von der Forschung genutzt worden sind. Zugänglich gemacht werden diese Protokolle gedruckt in Form von Regesten, die über Sitzungstermine, Teilnehmer, Überlieferungsformen sowie die Verhandlungsgegenstände und über den wesentlichen Inhalt der Dokumente unterrichten. Die meist handschriftlichen Originaldokumente stehen in – vom gleichen Verlag parallel zur Regestenpublikation angebotenen – Mikrofiches der Forschung komplett zur Verfügung. Die Vernetzung der Protokolle mit Sachakten sowohl aus dem Staatsministerium als auch aus den Fachministerien durch zahlreiche Anmerkungen in den Regesten öffnet den Weg zu anderen Quellenbeständen und erhöht so den Nutzwert für die Forschung noch wesentlich.

Für den hier zu besprechenden Band kommt ein weiteres hinzu. In die bearbeiteten insgesamt 461 Sitzungsprotokolle wurden auch die rund 120 von den gemeinsamen Sitzungen des Staatsministeriums mit der Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten einbezogen, in denen die sog. Landtagsabschiede sowie die Verfassungsproblematik des preußischen Staates diskutiert wurden. Damit bietet der Band, wie es in der Einleitung der Bearbeiterin zurecht heißt, „erstmals ein Resümee über jene acht Jahre regierungsinterner Diskussionen und staatlicher Leitung, gleicht das daraus resultierende Bild über das Staatsministerium mit dem bisherigen Forschungsstand ab und zeigt unter Benennung der entsprechenden Quellen vernachlässigte [...] Themenfelder auf.“ (S. 2)

Geboten wird aussagekräftiges Archivmaterial zu einer Vielzahl von Politikfeldern. An erster Stelle sind wegen ihrer Bedeutung, aber nicht zuletzt auch wegen ihres Neuigkeitswerts die Debatten um die Verfassungsfrage zu nennen. Die Entwicklung der Verfassungsdiskussion erscheint dank der nun erschlossenen Protokolle der gemeinsamen Sitzungen von Staatsministerium und ständischer Immediatkommission in neuem Licht. Die einführende Studie der Bearbeiterin hat hierzu bei aller gebotenen Kürze bereits weiterführende historische Grundlagenforschung geleistet. Es zeigt sich, daß die Auseinandersetzungen um einen Ausbau der politischen Verfassung Preußens, der schließlich in die Einberufung des Vereinigten Landtags im Frühjahr 1847 einmündete, bereits unmittelbar nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. einsetzten, der Monarch sich selbst daran aktiv beteiligte und keineswegs nur retardierend einwirkte. Seine frühen Pläne für eine zentrale Ständeversammlung aus Abgeordneten der Provinziallandtage und des Staatsrats mit dem

Recht, den Staatshaushalt zu erörtern und bei Steuerfragen mitzureden, stießen sofort auf den vehementen Widerstand einer Fronde aus Wilhelm, dem Prinzen von Preußen [ein „entschiedener Wächter der absoluten Monarchie“ (S. 22)], und mehreren Hardlinern aus dem Staatsministerium, darunter vor allem der Innenministers v. Rochow, die in diesen Vorschlägen sicher nicht ganz zu Unrecht Gefahren für die Vormachtstellung des Monarchen, ja Bestrebungen zur Einleitung einer konstitutionellen Entwicklung Preußens witterten. Und während für den König die geschaffenen Vereinigten Ausschüsse von Herbst 1842 bereits den Abschluß der Verfassungsreform bilden sollten, führte der Druck aus den Provinziallandtagen und von der sich zunehmend artikulierenden politischen Öffentlichkeit zu erneuten Vorstößen in Richtung auf eine gesamtstaatliche ständische Repräsentation. 1844/45 kam die Debatte darum erneut in Gang, in der sich gegen den anfänglich hinhaltenden Widerstand des Prinzen von Preußen und einer konservativen Ministerriege die Befürworter eines allgemeinen Landtags mit Steuerbewilligungsrecht durchsetzen konnten.

Nächst der Verfassungsproblematik bildeten die Agrarpolitik, die bürgerlich-kapitalistische Umgestaltung der Agrarverhältnisse auf dem durch die Reformen von 1807/11 vorgegebenen Wege, sowie die rechtlich und politisch-administrative Integration der 1815 dem preußischen Staate zugefallenen neuen Landesteile, namentlich des Rheinlands und Westfalens sowie der neugebildeten Provinz Sachsen die wohl wichtigsten Beratungsgegenstände des Berliner Gouvernements. Komplettiert wurde die breitgefächerte Regierungspolitik durch Maßnahmen im Bildungsbereich, insbesondere auf dem Felde der Schulbildung, bei der Revision des Rechtswesens, wo die Einführung einer Staatsanwaltschaft und des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens die wohl bedeutendsten Fortschritte waren, sowie auf dem Felde der Kirchenpolitik, der sich mit der Formierung der religiösen Dissidentenbewegungen der Lichtfreunde und der Deutschkatholiken seit 1844 neue Fragen stellten. Aufschlußreich hier der Standpunkt des Ministeriums, daß man angesichts des Ärgers mit der katholischen Kirche die Deutschkatholiken durchaus gewähren lassen solle. (S. 233, Nr. 302) Unter den regelmäßig behandelten Pensions- und Disziplinarangelegenheiten ragt bei den Bestrebungen, die Beamtschaft politisch zu reglementieren und durch Strafmaßnahmen zu disziplinieren, die Vertreibung August Heinrich Hoffmanns von Fallersleben von seiner Breslauer Professur im März 1842 heraus (S. 103f., Nr. 109 und S. 106, Nr. 112; dazu im Personenregister S. 471).

Die Einleitung informiert über Bisheriges hinaus ferner zur Zusammensetzung, Arbeitsweise und Leitung des Staatsministeriums wie zu dessen Stellung im Herrschaftsgefüge Preußens in dieser Zeit, stellt einzelne Minister vor und qualifiziert genauer die Rolle des Prinzen von Preußen, dem Friedrich Wilhelm IV., um ihn in seine Politik einzubinden, Sitz und Stimme im Staatsministerium verliehen hatte.

Besten Editionsprinzipien entsprechen die mit 200 Seiten zwei Fünftel des Bandes einnehmenden Register, ohne die allerdings eine zielgerichtete Benutzung des Quellenbestandes auch kaum möglich wäre. Namentlich das mit 120 Seiten umfangreichste Sachregister öffnet dank vorbildlicher Feingliedrigkeit dem Forscher schnell den Zugang zu den für ihn jeweils relevanten Gegenständen. Besondere Erwähnung verdient, daß der gesamte Registerapparat sich nicht nur auf die im Band gedruckten Regesten bezieht, sondern vor allem auch die in den Mikrofiches greifbaren Originaldokumente aufschließt. Die Regesten, das wird schon bei oberflächlicher Durchsicht der Register offenkundig, vermögen kaum mehr als Appetit zu machen. Wer essen, also forschen will, muß sich schon an die Mikrofiches mit den unverkürzten Quellen heranmachen. Lobenswert last not least das Personenregister, das in lexikalischer Kürze alle erschließbaren biographischen Daten vor allem zur beruflichen Karriere enthält. Dahinter steht eine enorme wissenschaftliche Sucharbeit, dazu waren zumeist umfangreiche Aktenstudien unumgänglich. Schade, daß bei den Lebensdaten nur die Jahreszahlen angegeben sind. Für den Vormärzforscher, zumal wenn er mit preußischen politischen Eliten zu tun hat, bietet sich hier auch ein künftig sicher unentbehrliches biographisches Nachschlagewerk. Ein Verzeichnis der zitierten Archivalien wie der mehrfach zitierten Literatur schließt den Band, den jeder Vormärzforscher als einen großen Gewinn empfinden wird.

Walter Schmidt (Berlin)

Henning Unverhau: Gesang, Feste und Politik. Deutsche Liedertafeln, Sängerkulte, Volksfeste und Festmähler und ihre Bedeutung für das Entstehen eines nationalen und politischen Bewußtseins in Schleswig-Holstein 1840-1848. Frankfurt/M. u.a.: P. Lang, 2000 (= Kieler Werkstücke, Reihe A: Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte, Bd. 25).

„Wie kam es dazu, daß die Schleswig-Holsteiner innerhalb weniger Jahre in nationalen Kategorien zu denken begannen und sich von ruhigen,